

Die Redaktion der Zeitschrift "Wirtschaft und Gesellschaft (WuG)"

Article

Universität Wien: Hinter Keynes zurück?

Wirtschaft und Gesellschaft (WuG)

Provided in Cooperation with:

Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien

Suggested Citation: Die Redaktion der Zeitschrift "Wirtschaft und Gesellschaft (WuG)" (1977) :
Universität Wien: Hinter Keynes zurück?, Wirtschaft und Gesellschaft (WuG), ISSN 0378-5130,
Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien, Wien, Vol. 3, Iss. 2, pp. 91-94

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/331984>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Universität Wien: Hinter Keynes zurück?

Nach dem Zweiten Weltkrieg hat es fast 30 Jahre lang keine schweren Rezessionen gegeben. Neben einer Anzahl von Impulsen, die sich aus der besonders starken Innovationsdynamik der Nachkriegszeit ergaben, hat zweifellos die Durchsetzung der »Keynesschen Revolution« in der Wirtschaftspolitik am meisten dazu beigetragen, starke Wirtschaftseinbrüche zu verhindern und ein stetiges Wirtschaftswachstum auf hohem Beschäftigungsniveau zu sichern¹.

Damit fiel eine wesentliche Rolle zur Sicherung einer einigermaßen stabilen Wirtschaftsentwicklung dem Staat zu. Seit der Erkenntnis von Keynes, daß der Kapitalismus ein instabiles, zu Unterbeschäftigung neigendes Wirtschaftssystem ist, in dem Vollbeschäftigung nur durch fiskalische und geldpolitische Eingriffe erhalten werden kann, wurde in den meisten westlichen Industriestaaten — mehr oder weniger systematisch — keynesianische Wirtschaftspolitik betrieben. In einigen Ländern — wie etwa in Österreich — erleichterte die Existenz einer großen verstaatlichten Industrie die auf Vollbeschäftigung gerichteten Zielsetzungen der Budgetpolitik.

Auch in der herrschenden wirtschaftswissenschaftlichen Lehre eroberte sich der Keynesianismus starke Positionen, wenn auch teilweise nur in einer denaturierten, der Neoklassik angepaßten Form². Jedenfalls aber erlangte er dominanten Einfluß in den verschiedenen Gremien der wissenschaftlichen Berater und Experten, deren Auffassungen direkt in die wirtschaftspolitische Praxis einflossen. Seit Beginn der siebziger Jahre hat sich jedoch das Bild geändert. In dem Maß, als sich das traditionelle Instrumentarium gegenüber dem Inflationsproblem als unzureichend erwies, kam es anstatt einer über Keynes hinausgehenden Reorientierung des wirtschaftspolitischen Denkens zu der »monetaristischen Gegenrevolution« unter dem Einfluß Friedmans. Als symbolisch für ihren Erfolg kann die Tatsache gelten, daß Milton Friedman 1976 mit

1 Vgl. E. März, »Kapitalismus, Krise und Krisentherapie in sozialistischer Sicht«, in: *Festschrift für Fritz Klenner*, Europa Verlag 1976.

2 Vgl. H. Ostleitner, »Was wäre Keynessche Wirtschaftspolitik?«, in: *Wirtschaft und Gesellschaft*, 4/1976.

dem Wirtschaftsnobelpreis ausgezeichnet wurde; seine Position kann in wenigen Worten skizziert werden, da sie letzten Endes nichts anderes bietet als eine Rückkehr zur sterilen vorkeynesianischen Gleichgewichtstheorie.

Demnach folgt in der Wirtschaft alles inneren Gesetzmäßigkeiten, alle wichtigen Größen sind daher vorgegeben. Die Löhne entsprechen dem sogenannten Grenzprodukt der Arbeit, der Zinssatz dem sogenannten Grenzprodukt des Kapitals. Alles an dieser Betrachtung ist Harmonie. Probleme, die dann noch offenbleiben, sind von der Natur gegeben. So gibt es eine »natürliche« Arbeitslosenrate, die zwar vorübergehend durch expansive Staatsausgaben gesenkt werden kann, aber nur um den Preis einer Inflation, die schließlich zur Krise und damit zu noch mehr Arbeitslosigkeit führt.

Wieder einmal, wie schon in den dreißiger Jahren mit katastrophalen Folgen, wird die fatale Doktrin gepredigt, daß nicht die inhärenten Mängel des Marktmechanismus, sondern im Gegenteil die staatlichen Interventionen für Krisen und Arbeitslosigkeit verantwortlich seien. Durch diese verliert, so heißt es, die Wirtschaft ihre Fähigkeit zur Selbstregulierung und schlittert nur immer tiefer in die Krise hinein. Die logische Schlußfolgerung aus dieser Analyse lautet, daß sich der Staat im wesentlichen auf seine »Ordnungsfunktion« zurückziehen müsse und sich zur konjunkturpolitischen Steuerung allein auf die Regelung des Geldvolumens zu stützen habe.

Mit diesen Ideen hat Friedman — für einen Vertreter einer derart unanschaulichen Wissenschaft wie der Ökonomie erstaunlich genug — über die Massenmedien Eingang in eine breite Öffentlichkeit gefunden. In fast wöchentlichen Fernsehauftritten in England und in ungezählten Interviews fordert er die Reprivatisierung verstaatlichter Industrien, massive Steuerermäßigungen für Gewinne, eine drastische Herabsetzung der Ausgaben für soziale Wohlfahrt und die Einschränkung »gewerkschaftlicher Machtpositionen«.

Im deutschen Sprachbereich, wo der Keynesianismus niemals so festen Fuß gefaßt hatte wie im angelsächsischen, trafen sich die Friedmanschen Auffassungen aufs beste mit den Traditionen der ordoliberalen Schule. Den zunehmend konservativen Trend, der aus dieser Verbindung Auftrieb erhielt, kann man deutlich an den Jahresgutachten des deutschen Sachverständigenrates ablesen. Hatte dieser schon immer dem Stabilitätspostulat höchste Priorität eingeräumt, so hatte er es doch mit der Erhaltung der Vollbeschäftigung in Einklang zu bringen gesucht. So wurden zwar regelmäßig zu hohe Lohnabschlüsse als in-

flatorisch moniert, aber den Gutachten der beiden letzten Jahre blieb es vorbehalten, das hohe Lohnniveau ganz im Sinne der neoklassischen Grenzproduktivitätstheorie als Ursache der Arbeitslosigkeit festzunageln. In diesem Zusammenhang taucht im Gutachten 1976/77 der ominöse Begriff der »Mindestlohnarbeitslosigkeit« auf, der nichts anderes besagt, als daß bei dem herrschenden Lohnniveau Arbeitslosigkeit unvermeidlich sei, oder, in anderen Worten, daß nur eine Senkung des (realen) Lohnniveaus die Vollbeschäftigung wiederherstellen könne.

So klar der Einfluß dieser konservativen Tendenzen auf die deutsche Wirtschaftspolitik in der Tolerierung einer fünfprozentigen Arbeitslosenrate zutage tritt, so ist glücklicherweise Österreich bisher nicht in den Sog der antikeynesianischen Gegenrevolution geraten. Sogar die wirtschaftswissenschaftlichen Fakultäten unserer Hochschulen, die traditionell eher konservativ geprägt waren, haben durch die Ernennung einiger (weniger) progressiver junger Professoren eine sehr notwendige Blutauffrischung erfahren, die ganz im Sinne des demokratischen Prinzips der Pluralität in der wissenschaftlichen Lehre liegt. Gerade an der Universität Wien ist allerdings diesem Prinzip bisher nicht in genügendem Ausmaß Rechnung getragen worden. Um so bestürzender ist die Nachricht, daß der außerordentlich wichtige Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik an der Universität Wien mit einem überzeugten Ordoliberalen — dem Berner Professor Tuchtfield — besetzt werden soll. Zur Zeit der Drucklegung dieser Nummer sind die Berufungsverhandlungen mit ihm noch im Gange. Sowohl im Interesse des wissenschaftlichen Rufes der Universität wie des notwendigen kooperativen Klimas zwischen Lehrenden und Studierenden einerseits und zwischen Wissenschaft und Politik andererseits kann man nur hoffen, daß sie scheitern werden.

Professor Tuchtfield hat sich in zahlreichen Äußerungen zur Reprivatisierung nicht nur der verstaatlichten Unternehmen, sondern auch des größten Teils der öffentlichen Leistungen (allenfalls mit Ausnahme der Landesverteidigung!) bekannt. Er hat diese Auffassungen gelegentlich mit einer Schärfe formuliert, wie zum Beispiel, daß »einer der Wege nach Moskau über Stockholm führe«, die ihn unserer Meinung nach für eines der einflußreichsten Ordinate in unserem Land nicht gerade wünschenswert erscheinen läßt.

Zwar wäre es durchaus geboten, sich über noch so reaktionäre Auffassungen hinwegzusetzen, wenn es sich um einen Gelehrten von hohem wissenschaftlichen Rang handelte. Leider ist jedoch gerade das nicht der Fall, wie so-

wohl aus Tuchfelds wissenschaftlichen Publikationen wie auch aus einem Gespräch hervorgeht, das er mit den Studenten zu führen Gelegenheit hatte. In diesem bewies er nicht nur ein besonderes Maß an theoretischer Hilflosigkeit, sondern auch eine erstaunliche Unkenntnis der wirtschaftlichen Verhältnisse in Österreich.

Seine Berufung, die noch vor dem Inkrafttreten des UOG in die Wege geleitet wurde, wird daher auch von den Studenten auf das heftigste abgelehnt. Die Mitglieder des Redaktionskollektivs von »Wirtschaft und Gesellschaft« haben sich in einem Schreiben an das Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung diesem Protest angeschlossen. Was die österreichischen wirtschaftswissenschaftlichen Fakultäten heute brauchen, ist nicht der sterile Konservatismus ordoliberal-monetaristischer Provenienz, sondern die kritische Weiterentwicklung der Lehre im Hinblick auf die neuen Probleme, die uns der Zustand der Welt aufgibt.